



**Gemeinsames Pressestatement
von Sebastian Roloff, MdB
und Annette Karl, MdL
und Andreas Mehlretter, MdB**

Sebastian Roloff, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 (0)30 – 227 73996
sebastian.roloff@bundestag.de

Annette Karl, MdL
BayernSPD-Landtagsfraktion
Maximilianeum
81627 München
Telefon: +49 (0)89 - 4126 3555
annette.karl@bayernspd-landtag.de

Andreas Mehlretter, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 (0)30 – 227 78096
andreas.mehlretter@bundestag.de

München. 15.07.2022

Übernahme der Uniper-Wasserkraftwerke in öffentliche Hand prüfen

Anlässlich der laufenden Verhandlungen der Bundesregierung mit Uniper über deren Antrag auf Stabilisierungsmaßnahmen fordern Sebastian Roloff (MdB) und Andreas Mehlretter (MdB), die wirtschafts- bzw. energiepolitischen Sprecher der Landesgruppe Bayern in der SPD-Bundestagsfraktion sowie Annette Karl (MdL), wirtschaftspolitische Sprecherin der BayernSPD-Landtagsfraktion:

„Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck muss im Rahmen der laufenden Verhandlungen prüfen, ob und wie die in Bayern gelegenen und profitablen Wasserkraftwerke von Uniper wieder in öffentliche Hand überführt werden können. Damit könnten die Fehler der in den 90er Jahren von der CSU vorangetriebenen Privatisierung rückgängig gemacht und ein weiterer Beitrag zur Energiesicherheit geleistet werden.“

Hintergrund:

- Der durch den russischen Angriffskrieg in der Ukraine in der Krise steckende Gaskonzern Uniper hat bei der Bundesregierung einen Antrag auf Stabilisierungsmaßnahmen nach Energiesicherheitsgesetz gestellt.
- Nach eigenen Angaben werden aktuell sowohl von Fortum (Mutterkonzern) als auch von Uniper mit der Bundesregierung alle möglichen Optionen diskutiert.



- Der Fortum-Finanzvorstand Bernhard Günther hat laut Handelsblatt sogar eine komplette Neuordnung des Geschäftsportfolios von Uniper ins Gespräch gebracht, inklusive der Bündelung der systemkritischen deutschen Geschäftsbereiche unter Führung des Staates.
- Kommunale Energieversorger könnten eine Übernahme der Kraftwerke stemmen und die Lasten einer Übernahme des gesamten Deutschland-Geschäfts von Uniper für den Bund senken.